

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 19 | 25. Oktober bis 7. November 2021

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

Europäische Union sowie führende Industrie- und Schwellenländer (G20) einigen sich auf ehrgeizige Ziele für Umwelt, Gesundheit und Finanzen

Am 30. und 31. Oktober 2021 kamen die Staats- und Regierungschef:innen der G20 in Rom zu einem zweitägigen Gipfeltreffen zusammen. Auf dem Gipfeltreffen kamen die Staats- und Regierungschef:innen der G20 überein,

- das Ziel, **die Erderwärmung auf 1,5 Grad** gegenüber dem vorindustriellen Niveau **zu begrenzen**, in Reichweite zu halten,
- ihre Maßnahmen mit dem Ziel, **bis zur oder um die Jahrhundertmitte Treibhausgasneutralität bzw. CO₂-Neutralität** zu erreichen, schneller voranzutreiben,
- an der Verpflichtung der Industrieländer festzuhalten, gemeinsam 100 Milliarden amerikanische Dollar (US \$) pro Jahr für die **Klimaschutzfinanzierung** zu mobilisieren – in diesem Zusammenhang begrüßten sie neue Zusagen einiger G20-Mitglieder,
- bis 2023 die neuen Vorschriften für ein stabileres und **gerechteres internationales Steuersystem**, einschließlich einer globalen Mindestkörperschaftssteuer von 15 Prozent, umzusetzen,
- sich verstärkt darum zu bemühen, einen besseren und frühzeitigeren **Zugang zu COVID-19-Impfstoffen** in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu gewährleisten,

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel
Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

- eine **gemeinsame G20-Taskforce „Finanzen-Gesundheit“** einzurichten, um eine angemessene Finanzierung von Pandemievorbeugung, -vorsorge und -bewältigung sicherzustellen.
- **ineffiziente Subventionen für fossile Brennstoffe**, mittelfristig **auslaufen zu lassen und zu rationalisieren** und bis Ende 2021 **keine internationalen öffentlichen Finanzmittel für neue Kohlekraftwerke ohne CO₂-Abscheidung und -Speicherung im Ausland** mehr bereitzustellen.
- bis 2030 verstärkt Maßnahmen zur **Eindämmung und Umkehr des Biodiversitätsverlusts** zu ergreifen. Dazu sollen bis 2030 mindestens **30 Prozent des weltweiten Bodens** und mindestens **30 Prozent der weltweiten Ozeane und Meere** erhalten oder geschützt werden; außerdem sollen Mitglieder Hilfe erhalten, entsprechend der nationalen Gegebenheiten Fortschritte in diese Richtung zu machen.

Die Mitglieder der G20 sind Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, die Republik Korea, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, die Türkei, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Europäische Union.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2021/10/30-31/>

<https://www.consilium.europa.eu/media/52732/final-final-g20-rome-declaration.pdf> (Erklärung)

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. EU-Minister:innen für Energie fordern Maßnahmen für die schutzbedürftigsten Verbraucher:innen

Die Energieminister:innen der Europäischen Union (EU) sind am 26. Oktober in Luxemburg zusammengekommen, um einen Gedankenaustausch über den Anstieg der Energiepreise zu führen und mögliche Abhilfemaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene zu erörtern. Die Ministerrunde begrüßte das Instrumentarium der Europäischen Kommission als gute Grundlage für die Beratungen und unterstützte generell die Analyse der Europäischen Kommission zu den Ursachen des Anstiegs der Energiepreise. In Bezug auf kurzfristige Maßnahmen waren sich die Minister:innen darin einig, dass dringend nationale Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die schutzbedürftigsten Verbraucher:innen zu unterstützen. Einige Mitgliedstaaten betonten, dass die Klimapolitik und die Ener-

gewende Teil der Lösung und nicht die Ursache für den Anstieg der Energiepreise seien. Sie bekräftigten, dass Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz und die Integration von Energiesystemen nach wie vor entscheidend seien, wenn es darum geht, die Widerstandsfähigkeit der Energiesysteme der Europäischen Union zu erhöhen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2021/10/26/>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0660&from=EN>

(Mitteilung der Kommission zu den Energiepreisen)

2. Erneuerbare Energien erstmals wichtigste Energiequelle der Europäischen Union

Die Europäische Kommission legte am 26. Oktober 2021 einen Bericht zur Energieunion und mehrere Fortschrittsberichte zur Klimapolitik vor. Aus dem Bericht geht hervor, dass die erneuerbaren Energien im Jahr 2020 erstmals die fossilen Brennstoffe als wichtigste Stromquelle in der Europäischen Union überholen. Sie erzeugten 38 Prozent des Stroms, gegenüber 37 Prozent für fossile Brennstoffe. Bislang haben neun EU-Mitgliedstaaten den Ausstieg aus der Kohle vollzogen, 13 weitere haben sich zu einem Ausstiegsdatum verpflichtet, und vier erwägen mögliche Zeitpläne. Der Primärenergieverbrauch ging im vergangenen Jahr um 1,9 Prozent und der Endenergieverbrauch um 0,6 Prozent zurück. Beide Zahlen lägen jedoch über dem Zielpfad, der zur Erreichung der EU-Ziele für 2020 und 2030 erforderlich ist, und es müssten weitere Anstrengungen unternommen werden, um dieses Problem auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union anzugehen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5554

https://ec.europa.eu/energy/sites/default/files/state_of_the_energy_union_report_2021.pdf (Bericht)

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_5556 (Fragen und Antworten)

3. Kriterien für EU-Umweltzeichen für alle Kosmetika und Tierpflegeprodukte

Die Europäische Kommission hat am 25. Oktober 2021 neue Kriterien für das EU-Umweltzeichen für Kosmetika und Tierpflegeprodukte angenommen, die den Verbraucher:innen in der gesamten Europäischen Union (EU) einen verlässlichen Nachweis für wirklich umweltfreundliche Marken bieten sollen. Verbraucher:innen sollen sich für zuverlässige, zertifizierte grüne Produkte entscheiden können. Die aktualisierten Kriterien für das EU-Umweltzeichen gelten

nun für alle kosmetischen Produkte, wie sie in der EU-Kosmetikverordnung definiert sind. Die Kriterien für das EU-Umweltzeichen berücksichtigen die Umweltauswirkungen von Produkten auf Wasser, Boden und biologische Vielfalt. Das EU-Umweltzeichen ist ein von Dritten geprüftes Umweltzeichen, das die Umweltauswirkungen eines Produkts während seines gesamten Lebenszyklus berücksichtigt, von der Gewinnung der Rohstoffe bis zur endgültigen Entsorgung.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/kommission-dehnt-eu-umweltzeichen-auf-alle-kosmetika-und-tierpflegeprodukte-aus-2021-10-25_de

https://ec.europa.eu/environment/news/clean-and-circular-economy-commission-extends-eu-ecolabel-all-cosmetics-and-pet-care-2021-10_en

4. Europäische Kommission registriert Europäische Bürgerinitiative zum Umweltschutz

Die Europäische Kommission hat am 27. Oktober 2021 die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Call to Action – Environmental protection in all policies“ („Aufruf zum Handeln – Umweltschutz in allen Politikbereichen“) registriert. Die Initiatoren der Initiative fordern die Europäische Kommission auf, einen Rechtsakt vorzuschlagen, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten bei nationalen Maßnahmen Umweltaspekte berücksichtigen. Die Bürgerinitiative sei rechtlich zulässig. Wenn eine europäische Bürgerinitiative innerhalb eines Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, muss die Europäische Kommission reagieren. Sie kann dann selbst entscheiden, ob sie der Initiative nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5589

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank hält an Niedrigzinspolitik und Krisenreaktion fest

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 28. Oktober 2021 den Leitzins bei null Prozent belassen. Banken erhalten weiterhin unbeschränkt Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher:innen und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins belegt. Dieser beträgt wie bisher -0,50 Prozent. Die EZB-Leitzinsen sollen so lange auf ihrem aktuellen oder einem noch niedrigeren Niveau bleiben, bis das Inflationsziel von zwei Prozent nachhaltig erreicht

ist. Das Krisenpaket des Pandemie-Notfallankaufprogramms von Staatsanleihen (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) in Höhe von 1 850 Milliarden Euro wird mindestens bis Ende März 2022 durchgeführt. Im vierten Quartal 2021 sollen jedoch etwas weniger Ankäufe als in den beiden Vorquartalen getätigt werden. Daneben läuft wie bisher ein Programm zum Ankauf von Staatsanleihen und anderen Vermögenswerten in Höhe von 20 Milliarden Euro monatlich. Mit diesen Programmen soll erreicht werden, dass die langfristigen Zinsen niedrig bleiben.

Banken erhalten auch weiterhin Zugang zu besonders privilegierten langfristigen Refinanzierungsgeschäften. Soweit die Banken Kredite an Unternehmen und Verbraucher:innen ausreichen, können sie Zentralbankgeld zu einem Zinssatz von -1,00 Prozent erhalten. Hinzu kommen einjährige Geschäfte ohne strenge Auflagen zu einem Zinssatz von -0,25 Prozent. Die Banken müssen somit weniger Geld zurückzahlen als sie aufnehmen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.mp211028~85474438a4.de.html>

2. Stärkung der Widerstandsfähigkeit von Banken

Die Europäische Kommission hat am 27. Oktober 2021 eine überarbeitete Fassung der EU-Bankenvorschriften angenommen. Das Paket von Vorschlägen bildet den letzten Schritt zur Reform der Bankenvorschriften. Das Paket soll insbesondere sicherstellen, dass die von den Großbanken zur Berechnung ihrer Eigenkapitalanforderungen verwendeten „internen Modelle“ die Risiken nicht zu gering ansetzen und dass die Banken genügend Kapital zur Deckung ihrer Risiken vorhalten. Mit dem Paket werden die Banken auch verpflichtet, Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken (ESG-Risiken) im Rahmen ihres Risikomanagements systematisch zu ermitteln, offenzulegen und zu steuern. Dies beinhaltet die regelmäßige Durchführung von Klimastresstests sowohl durch die Aufsichtsbehörden als auch durch die Banken. Außerdem erhalten die für die Beaufsichtigung von Banken in der Europäischen Union zuständigen Aufsichtsbehörden stärkere Instrumente zur Überprüfung der Qualifikation von leitenden Mitarbeitern von Banken. Schließlich werden vor dem Hintergrund des Wirecard-Skandals den Aufsichtsbehörden bessere Instrumente zur Beaufsichtigung von Fintech-Gruppen, einschließlich Tochtergesellschaften von Banken, zur Verfügung gestellt. Das Legislativpaket wird nun im Europäischen Parlament und im Rat der Europäischen Union erörtert.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/umsetzung-von-basel-iii-neue-eu-vorschriften-starken-widerstandsfahigkeit-der-banken-2021-10_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5401

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_21_5386 (Fragen und Antworten)

https://ec.europa.eu/info/publications/211027-banking-package_de (Rechtstexte)

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Vorläufige Einigung über Stärkung der Europäischen Arzneimittel-Agentur

Die Verhandlungsführer:innen des Rats der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments haben am 28. Oktober 2021 eine vorläufige Einigung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte erzielt. Durch das neue Mandat wird die EMA in die Lage versetzt, Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten bei größeren Ereignissen und Notfällen im Bereich der öffentlichen Gesundheit genau zu überwachen und eine Schlüsselrolle bei der schnelleren Zulassung von Arzneimitteln zu spielen. Mit dem aktualisierten Mandat der EMA werden folgende Ziele verfolgt:

- Überwachung und Minderung potenzieller und tatsächlicher Engpässe bei Arzneimittel- und Medizinprodukten, die als kritisch für die Bewältigung von Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit angesehen werden,
- Gewährleistung der rechtzeitigen Entwicklung qualitativ hochwertiger, sicherer und wirksamer Arzneimittel mit besonderem Schwerpunkt auf der Bewältigung von Notlagen im Bereich der öffentlichen Gesundheit,
- Schaffung einer Struktur für die Arbeitsweise von Expertengremien, die Medizinprodukte mit hohem Risiko bewerten und eine wichtige Beratungsfunktion bei der Krisenvorsorge und -bewältigung ausüben.

Die Verordnung muss nun vom Rat der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament förmlich angenommen werden, bevor sie in Kraft treten kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/10/28/provisional-agreement-between-council-and-european-parliament-to-reinforce-european-medicines-agency/>

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5599

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0725&from=DE>

(Vorschlag für Verordnung)

2. Europäische Kommission erstellt Liste mit aussichtsreichsten COVID-19-Therapeutika

Die Europäische Kommission hat ein Portfolio von zehn potenziellen COVID-19-Therapeutika erstellt. Diese Liste konzentriert sich auf COVID-19-Arzneimittelkandidaten, deren Zulassung wahrscheinlich ist und die daher bald auf dem europäischen Markt erhältlich sein werden. Die Auswahl der zehn Kandidaten ist unabhängig von der wissenschaftlichen Bewertung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) oder der Zulassung der Arzneimittel durch die Europäische Kommission und ist auch kein Ersatz dafür.

Es gibt für das Portfolio zwar keine besonderen Finanzierungsinstrumente, doch können alle relevanten Kandidaten von Regulierungsflexibilität, der wissenschaftlichen Unterstützung durch die EMA, Vermittlungsaktivitäten im Rahmen der EU-Strategie für Therapeutika sowie von therapeutikabezogenen Maßnahmen der Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) profitieren. Darüber hinaus wird die Europäische Kommission gemeinsam mit den Entwicklern und den Mitgliedstaaten prüfen, ob eine Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung geschlossen werden kann. Für zwei Arzneimittel auf der Liste (Ronapreve von Regeneron Pharmaceuticals und Xevudy [Sotrovimab] von GlaxoSmithKline, beide antivirale monoklonale Antikörper) wurde schon eine Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung geschlossen, und für einige andere Mittel laufen bereits Verhandlungen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5366

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_5367

(Fragen und Antworten)

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

Mehr Cybersicherheit bei drahtlosen Geräten und Produkten

Die Europäische Kommission präsentierte am 29. Oktober 2021 einen delegierten Rechtsakt zur Funkanlagenrichtlinie. Damit werden neue rechtliche Anforderungen für Sicherheitsvorkehrungen im Bereich der Cybersicherheit festgelegt, die bei der Konzeption und Herstellung der betreffenden Produkte berücksichtigt werden müssen. Die neuen Maßnahmen sollen zu folgenden Zielen beitragen:

- **Verbesserung der Netzstabilität:** Drahtlose Geräte und Produkte müssen Funktionen aufweisen, die eine Schädigung von Kommunikationsnetzen vermeiden und eine etwaige Verwendung der Geräte zur Störung der Funktionen von Websites oder anderer Dienste verhindern.

- **Besserer Schutz für die Privatsphäre der Verbraucher:innen:** Drahtlose Geräte und Produkte müssen über Funktionen zur Gewährleistung des Schutzes personenbezogener Daten verfügen. Der Schutz der Rechte des Kindes wird zu einem wesentlichen Bestandteil dieser Rechtsvorschrift werden. So müssen die Hersteller beispielsweise durch neue Maßnahmen den unbefugten Zugriff auf personenbezogene Daten oder deren unbefugte Übermittlung verhindern.
- **Verringerung des Betrugsrisikos:** Drahtlose Geräte und Produkte müssen Funktionen aufweisen, mit denen das Betrugsrisiko bei elektronischen Zahlungen minimiert wird. So muss beispielsweise eine bessere Kontrolle zur Authentifizierung der Nutzer sichergestellt sein, damit es zu keinen betrügerischen Zahlungen kommt.

Falls der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament keine Einwände erheben, tritt der Rechtsakt nach zwei Monaten in Kraft. Anschließend haben die Hersteller eine Übergangsfrist von 30 Monaten, um die neuen rechtlichen Anforderungen zu erfüllen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5634

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/QANDA_21_5635 (Fragen und Antworten)

https://ec.europa.eu/growth/system/files/2021-10/C_2021_7672_F1_COMMISSION_DELEGATED_REGULATION_EN_V10_P1_1428769.PDF (Delegierte Verordnung)

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Europäische Kommission verbietet 23 gefährliche Chemikalien in Kosmetikprodukten

23 krebserregende, erbgutverändernde oder fortpflanzungsgefährdende Chemikalien dürfen wegen langfristiger und schädlicher Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen in Zukunft nicht mehr in kosmetischen Produkten in der Europäischen Union verwendet werden. Ein entsprechendes Verbot hat die Europäische Kommission am 29. Oktober 2021 für diese so genannten CMR Substanzen (Carcinogenic, mutagenic and reprotoxic substances) beschlossen. Es gilt ab dem 1. März 2022. Dies ist die vierte Verordnung, die die Verwendung von CMR-Stoffen in kosmetischen Mitteln einschränkt und/oder verbietet. Vor der Entscheidung über das Verbot wurden der Wissenschaftliche Ausschuss für Verbrauchersicherheit (SCCS) und verschiedene interessierte Kreise konsultiert.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-verbietet-23-gefahrliche-chemikalien-kosmetikprodukten-2021-10-29_de

https://ec.europa.eu/growth/sectors/cosmetics/cosmetic-products-specific-to-pics/cmr-substances_en

2. Unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette werden abgestellt

Die Europäische Kommission hat am 27. Oktober 2021 den Bericht über den Stand der Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette veröffentlicht. Der Bericht befasst sich mit der Umsetzung in 16 EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland. Aus dem Bericht geht hervor, dass die 16 EU-Mitgliedstaaten im Allgemeinen der Anwendung der Richtlinie gefolgt sind. Die meisten von ihnen gingen über die Mindestschutzbestimmungen für Landwirte und kleine Agrar- und Lebensmittelunternehmen hinaus.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-publishes-report-state-play-unfair-trading-practices-directive-2021-oct-27_en

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52021DC0652>
(Bericht)

TERMINVORSCHAU

Rat der Europäischen Union

Sonderausschuss Landwirtschaft (8. November 2021)

Marktlage (Informationen der Kommission, Vorbereitung der Aussprache im Rat); Paket für die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Zeit nach 2020 (Informationen des Vorsitzes über den Stand im Hinblick auf die Annahme); Informationen der Kommission über den Stand der Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik insbesondere in Bezug auf delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte; Aktuelle Informationen über die Agrarverhandlungen im Vorfeld der 12. WTO-Ministerkonferenz (Genf, 30. November – 3. Dezember 2021); Verwaltungsvereinbarung der Kommission (GD AGRI) mit dem amerikanischen Landwirtschaftsministerium (USDA) zur Stärkung des Dialogs und zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei Herausforderungen für die Landwirtschaft (Informationen der Kommission).

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (8. November 2021)

Aussprache mit der stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaterin der USA für Cybertechnologien Anne Neuberger.

Tagung der Minister:innen der Euro-Gruppe (8. November 2021)

Nutzung des digitalen Euro in einem wettbewerbsorientierten globalen Umfeld (Aussprache); Fortschritte bei der Vollendung der Bankenunion sowie Entwicklungen im Bankensektor (Aussprache).

Rat Wirtschaft und Finanzen – Ecofin (9. November 2021)

Umsetzung der Bankenreform – Basel III (Aussprache); Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen (Informationen des Vorsitzes); Energiepreise, Inflation und politische Auswirkungen (Gedankenaustausch); Richtlinie über Kreditdienstleister und Kreditkäufer (Annahme des Gesetzgebungsakts); Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie (Annahme des Gesetzgebungsakts); Verordnung über die Bewertung von Gesundheitstechnologien (Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates).

Ratsarbeitsgruppe „Technische Harmonisierung“ (9. November 2021)

Vorbereitung der Standardisierungsstrategie; Änderung der Richtlinie über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung von Funkanlagen; Vorschlag für eine Verordnung über Maschinenprodukte.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (9. November 2021)

Vorschlag für eine Verordnung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bei der Krisenvorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte (Vorlage des Kompromisstextes); Änderung der Übergangsbestimmungen für bestimmte In-vitro-Diagnostika und Medizinprodukte.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (9. November 2021)

ePrivacy-Verordnung (Vorbereitung auf den kommenden Trilog); Gesetz über künstliche Intelligenz.

Ausschuss für Finanzdienstleistungen (10. November 2021)

Tätigkeit der Europäischen Aufsichtsbehörden (EBA, EIOPA, ESMA) im Bereich nachhaltige Finanzierungen; Digitales Finanzwesen (Sachstand).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (10. November 2021)

Gesetz über digitale Märkte (Vorbereitung von Beschluss im Rat Wettbewerbsfähigkeit am 25./26. November 2021); Vorschlag für eine Verordnung über eine verstärkte Rolle der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) bei der Krisen-

vorsorge und dem Krisenmanagement in Bezug auf Arzneimittel und Medizinprodukte (Prüfung des Kompromisstextes); Fit für 55-Paket: Verkehr (Anleitung für die weitere Arbeit).

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (10. November 2021)

Allianz für die Zukunft des Internets.

Rat für auswärtige Angelegenheiten (11. November 2021)

Reform der Welthandelsorganisation (WTO) und Vorbereitungen für die nächste WTO-Ministerkonferenz (Aussprache); Bericht der Kommission über die Umsetzung und Durchsetzung der EU-Handelsabkommen; Überprüfung der Umsetzung und Durchsetzung der Kapitel über nachhaltige Entwicklung in den Handelsabkommen; Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten (Sachstand); Informeller Gedankenaustausch mit der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai.

Ratsarbeitsgruppe „Verbraucherschutz und –information“ (11. November 2021)

Richtlinie über Verbraucherkredit.

Rat Landwirtschaft und Fischerei (15. November 2021)

Marktlage (Informationen der Kommission, Gedankenaustausch); Schlussfolgerungen zu der neuen EU-Waldstrategie für 2030; Konferenz „Vom Hof auf den Tisch“ 2021 (Brüssel, 14./15. Oktober 2021) - Informationen der Kommission; EU-Woche der Bestäuber (27.-30. September 2021) - Informationen des Vorsitzes; Notfallplan zur Gewährleistung der Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit – Vorstellung durch die Kommission; 12. WTO-Ministerkonferenz (Genf, 30. November –3. Dezember 2021) - Informationen der Kommission.

Informelle Tagung der Minister:innen für Tourismus (16./17. November 2021)

Erholung des europäischen Tourismus nach der COVID-19-Pandemie.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (8. November 2021)

Abbau von nichttarifären und nichtsteuerlichen Hemmnissen im Binnenmarkt; Verordnung über Batterien und Altbatterien; Vorstellung des Berichts der Europäischen Kommission über die Umsetzung der Feuerwaffenrichtlinie; Öffentliche Anhörung (zusammen mit anderen Ausschüssen) zu Aussagen von Hinweisgebern zu den negativen Auswirkungen der Produkte von großen Technologieunternehmen auf die Nutzer.

Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung (8. November 2021)

Stärkung Europas im Kampf gegen Krebserkrankungen – auf dem Weg zu einer umfassenden und koordinierten Strategie.

Ausschuss zu künstlicher Intelligenz im digitalen Zeitalter (8./9. November 2021)

Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema „Künstliche Intelligenz und das digitale Jahrzehnt“; Bericht über künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter.

Ausschuss für internationalen Handel (9. November 2021)

Einrichtung eines CO₂-Grenzausgleichssystems; Erläuterung des Jahresberichts 2021 über die Umsetzung und Durchsetzung der Handelspolitik.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (9. November 2021)

Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021 bis 2030 als Beitrag zu Klimaschutzmaßnahmen zwecks Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris; Einrichtung eines CO₂-Grenzausgleichssystems; Änderung der Richtlinie über erneuerbare Energien zur Anpassung an das ehrgeizige neue Klimaziel für 2030; Aussprache über den „Aktionsplan der EU für den ökologischen Landbau“; Erläuterung des Berichts der Europäischen Kommission über den Stand der Umsetzung der Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in der Lebensmittelkette durch einen Vertreter der Kommission; Erläuterung des Sachstands in Bezug auf delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, die gemäß der Verordnung (EU) 2018/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen erlassen werden, durch einen Vertreter der Kommission.

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (9. November 2021)

Vorstellung der Studie der Fachabteilung Bürgerrechte und Verfassungsfragen, Generaldirektion Interne Politikbereiche: Austausch personenbezogener Daten nach dem Schrems-II-Urteil.

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (9. und 11. November 2021)

Umsetzung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden; Europäische Datenverwaltung (Data Governance Act); Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen innerhalb der Union (Neufassung); Die Energie Aspekte des Fit for 55-Pakets.

Plenum 10./11. November 2021)

Ergebnis des EU-US-Handels- und Technologierats (TTC) - Erklärung der Europäischen Kommission; Offenlegung von Ertragssteuerinformationen durch

bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen; Stärkung der Demokratie, der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in der Europäischen Union in Anbetracht des unrechtmäßigen Rückgriffs auf zivil- und strafrechtliche Verfahren zur Einschüchterung von Journalisten, nichtstaatlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft; Aktionsplan für geistiges Eigentum zur Förderung der Erholung und der Resilienz der Europäischen Union; Schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (15. November 2021)

Herausforderungen für städtische Gebiete in der Zeit nach der COVID-19-Krise; Die Rolle der Fischerei und der Aquakultur beim Übergang zu einer nachhaltigen blauen Wirtschaft in der Europäischen Union.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (17. November 2021)

Austausch über das Thema „Natur“ in Bezug auf Abfall, Entwaldung und Bodenstrategie sowie Maßnahmen zur Minimierung des Risikos der Entwaldung und der Waldschädigung im Zusammenhang mit Produkten, die auf den EU-Markt gebracht werden; Aussprache über die Wettbewerbspolitik.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft (9. November 2021)

Stellungnahmen zu: Klima-Sozialfonds, Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Verordnung über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, und Überarbeitung der Energieeffizienz-Richtlinie.

Beratende Kommission für den industriellen Wandel (10. November 2021)

Debatte über die Stellungnahme Industrielle Ökosysteme, strategische Autonomie und Wohlergehen (auf Ersuchen des französischen Ratsvorsitzes); Debatte über die Stellungnahme Abfallverbringung – Überarbeitung der EU-Vorschriften; Annahme der Stellungnahmen „Unterstützung des sozialverträglichen Wandels der ressourcen- und energieintensiven Industrien hin zu Klimaneutralität und Digitalisierung durch den Europäischen Aufbauplan“.

Fachgruppe Außenbeziehungen (17. November 2021)

Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Partnern im südlichen Mittelmeerraum und ihre potenziellen Auswirkungen auf die nach-

haltige Entwicklung (Informationsbericht); Eine starke transatlantische Partnerschaft auf der Grundlage der gemeinsamen Werte von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die für die Bewältigung globaler Herausforderungen und die Wahrung der internationalen Ordnung von zentraler Bedeutung ist (Initiativstellungnahme); Stärkung der transatlantischen Zusammenarbeit im Vorfeld des Gipfeltreffens für Demokratie am 9. und 10. Dezember 2021; Transatlantischer Dialog im Rahmen des Handels- und Technologierates EU-USA, TTC (Aussprache u.a. mit Monique Goyens, Generaldirektorin des Europäischen Verbraucherbüros BEUC).

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch (18. November 2021)

Leitlinien/Verhaltenskodex für den Bereich der Desinformation; Bericht über die Wettbewerbspolitik 2020; Digitaler Wandel im Einzelhandel (Initiativstellungnahme); Funkanlagen.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-168/20 (11. November 2021)

Schutz von Rentenansprüchen bei Privatinsolvenz.

Schlussanträge in der Rechtssache C-559/20 (11. November 2021)

Erstattungsfähige Rechtsanwaltskosten für Abmahnung wegen Filesharing.

Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-793/19 und C-794 (18. November 2021)

Vorratsdatenspeicherung in Deutschland.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T 612/17 (10. November 2021)

Missbrauch marktbeherrschender Stellung von Google und Alphabet durch Vorzugsbehandlung des eigenen Preisvergleichsdienstes.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

*Newsletter verfasst von
Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel*